№ 70
B 32
Abend-Ausgabe.

Berlin

Freitag, 7. Februar 1919

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin ★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Der Schutz der Nationalversammlung.

Die Elsässer in Weimar.

Gespräch mit General Scheüch.

✱ Weimar, 7. Februar.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

Einer unserer parlamentarischen Mitarbeiter hatte heute vormittag eine Unterredung mit dem früheren preußischen Kriegsminister Scheüch, der bekanntlich als Mitglied der elsässisch-lothringischen Abordnung nach Weimar gekommen ist. General Scheüch wehrt sich zunächst gegen die in der Presse aufgestellte Behauptung, daß er Führer und Sprecher der Abordnung sei. Ein solches Amt habe er schon wegen seiner Eigenschaft als früherer preußischer Kriegsminister nicht übernehmen können und wollen. Ueber das Zustandekommen der elsässischen Aktion erklärte dann der Minister folgendes:

„Nicht nur die in Deutschland lebenden Elsaß-Lothringer, sondern auch die aus dem Reichslande durch die französische Besatzung vertriebenen Altelsässer hatten den Wunsch, ihre Stimmen auf der Nationalversammlung hören zu lassen. Da die Franzosen — nach unserer Meinung rechtswidrig — die Teilnahme der elsaß-lothringischen Bevölkerung an den Wahlen zur Nationalversammlung, die ja bereits so etwas wie die seinerzeit von der Entente immer befürwortete Volksabstimmung hätte werden können, verweigert haben, blieb uns nur übrig, zu einem Notbehelf zu greifen. Eine in Berlin abgehaltene Versammlung beschloß daher, eine briefliche Abstimmung unter den aus dem Elsaß Geflüchteten zu veranstalten. Tatsächlich sind nicht weniger als 3000 Elsässer, meist Altelsässer, auf diesem Wege erreicht worden, die ihre Stimmen auf die Listen der nun nach Weimar gekommenen Männer und Frauen vereinigt haben. Die aus 14 Mitgliedern bestehende Abordnung hat also tatsächlich das Recht, im Namen eines erheblichen Teiles der elsaß-lothringischen Bevölkerung zu sprechen."

Gegen die Zulassung der Abordnung zur Nationalversammlung machen sich nun freilich allerlei Bedenken geltend. Der frühere Kriegsminister erklärte darüber: „Wir haben gewußt, daß wir auf solche Bedenken stoßen würden, die freilich nicht von allen Parteien und innerhalb der einzelnen Fraktionen nicht von allen Mitgliedern geteilt werden. Es sind Bedenken verfassungs- und wahlrechtlicher Natur. Es sind aber auch rein politische Bedenken. Seltsamer Weise gibt es Kreise, die von der Zulassung elsässischer Abgeordneter Schwierigkeiten bei den weiteren Verhandlungen mit der Entente befürchten. Solche Regungen sollten in einem Augenblick, wo es sich um die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts handelt, überhaupt keine Rolle spielen.

Wir hoffen, daß unter Ueberwindung der geschilderten Bedenken die Elsaß-Lothringer doch noch in irgend einer Weise in der Nationalversammlung zu Worte kommen werden, sei es, daß sie zu einer einmaligen feierlichen Protestkundgebung vor dem Hause erscheinen, sei es in irgendeiner anderen Weise."

Protest gegen die Sperrung deutscher Guthaben

Die Vertreter mehrerer Ententestaaten haben, wie wiederholt mitgeteilt, in neutralen Staaten, teils durch Mitteilungen an deren Regierungen, teils durch Aufforderungen an die Banken selbst, auf eine Sperrung deutscher Guthaben und Werte hingewirkt. Sie haben sich dabei auf die in Trier am 13. Dezember 1918 getroffenen Abmachungen berufen, haben jedoch, wie in einigen Fällen bekannt geworden ist, nicht deren genauen Wortlaut, sondern lediglich eine willkürliche und irreführende Kürzung des Textes wiedergegeben. Sie haben dadurch den Eindruck von deutschen Zugeständnissen erweckt, die in dem behaupteten Umfange nicht gemacht worden sind, und zu deren Einräumung die deutschen Unterhändler auch nicht ermächtigt gewesen wären. Die deutsche Regierung hat gegen dieses Vorgehen bei der Waffenstillstandskommission in Spa nachdrückliche Vorstellungen erheben lassen und zugleich die deutschen Auslandsvertretungen mit den durch die Sachlage gebotenen Weisungen versehen.

Schwere Anklagen gegen Erzberger.

✱ München, 6. Februar.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" nehmen in schärfster Weise Stellung gegen die gelegentlich der Verlängerung des Waffenstillstandes erfolgten Unterstellung der ganzen deutschen Handelsflotte unter die Kontrolle der Alliierten, was mit fast rechnerischer Sicherheit den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands nach sich ziehen muß. Der Artikel bespricht die Wirkungen dieser Maßnahmen, die es Deutschland unmöglich machen, in absehbarer Zeit irgendwelche Rohstoffe nach Deutschland einzuführen, und er verlangt schließlich, daß Erzberger, der allein und ohne Sachverständige in Trier zu diesen Verhandlungen erschien, unter Anklage zu stellen sei, und daß er vor allem ohne Säumen durch eine andere Persönlichkeit zu ersetzen sei. Falls die Regierung zögere, dies zu tun, müsse sie in Weimar von den Volksvertretern an ihre Pflicht erinnert werden.

Der Ring um Weimar.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

✱ Weimar, 7. Februar.

Morgen läuft die Frist ab, die von Noske den Erfurter Lokalbehörden für die Durchführung der Entwaffnung gesetzt ist. Es ist anzunehmen, daß nach ihrem Ablauf nötigenfalls der Forderung auf Entwaffnung der entsprechende Nachdruck verliehen wird. Ueber die nötigen Machtmittel verfügt die Reichsregierung in vollem Maße. Um die Weimarer Sperrzone, die außer der Stadt noch 32 Ortschaften umfaßt, ist ein dichter Truppenkordon gelegt, der den Verkehr nach Weimar entsprechend den Vorschriften über den Paßzwang durchführt. Die Truppen sind derartig ausgerüstet, daß sie jeden Handstreich ohne weiteres zurückzuweisen in der Lage sind. Ein ernsthafter Versuch, nach Weimar zu gelangen, ist bis jetzt nicht gemacht worden.

Es ist allerdings vor einigen Tagen ein Trupp von Soldaten und Zivilisten, von denen die meisten zwei und drei Gewehre trugen, von Eisenach und Gotha in der Richtung nach Weimar abgegangen. Er wurde aber in Erfurt angehalten, nachdem General Märker den hiesigen Soldatenrat in entsprechend deutlicher Weise auf die Folgen aufmerksam gemacht hatte. Uebrigens hat sich bis jetzt noch nichts von den Bewachungsmannschaften gezeigt, die von den benachbarten Soldatenräten zum Schutz der Nationalversammlung angeboten waren und deren Zulassung schließlich unter bestimmten Voraussetzungen genehmigt worden war. Der örtliche Sicherheitsdienst, der unter Leitung des Polizeihauptmanns Bährecke steht, hat die Aufgabe, den Abordnungen der Sicherung und den Notwendigkeiten des wirtschaftlichen Verkehrs gerecht zu werden. Diese Aufgabe ist dadurch erschwert worden, daß die Veröffentlichung entsprechend der Vorschrift über den Paßzwang von der Reichsregierung verspätet bekanntgegeben worden ist.

Es ist deshalb die Kontrolle weitherziger gehandhabt worden, um Personen, die sich bereits auf die Reise begeben hatten, nicht unnötige Schwierigkeiten zu machen. Vom 8. Februar ab wird jedoch auf dem Hauptbahnhof sowie auf dem Berkaer Bahnhof eine absolut strenge Aufsicht geübt, die jeden ausschließt, auch Militärpersonen, der sich nicht genügend ausweisen kann. Auch die hiesige Einwohnerschaft ist aufgefordert worden, sich mit Legitimationen versehen zu wollen, von denen am gestrigen Tage allein 1200 ausgestellt wurden. Zur Verstärkung der örtlichen Polizei ist aus Berlin ein Kommando hier, befehligt von Polizeileutnant Nolte, das aus 5 Oberwachtmeistern, 50 Wachtmeistern und 24 Kriminalbeamten besteht. Die Organisation ist derart, daß man glaubt, auch ernsteren Störungsversuchen lediglich mit polizeilichen Kräften gewachsen zu sein.

Es wird betont, daß das Zusammenarbeiten der Zivil- und Militärbehörden in vollkommenster Weise geregelt ist. Die Einreiseerlaubnis nach Weimar wird von der Fremdenstelle im Weimarer Rathaus erteilt, die Leutnant Grundmann leitet. Eine Zweigstelle befindet sich in der Nähe des Bahnhofs, Sophienstr. 8, die zum Schlichten der Streitigkeiten über die Reiseerlaubnis, die beim Verlassen des Zuges entstehen, bestimmt ist.

Streik-Ende in Oberschlesien.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

✱ Kattowitz, 7. Februar.

Der Streik ist heute erloschen. Die Arbeit ist in vollem Umfang wieder aufgenommen worden.

(Siehe auch 4. Seite.)

Weimarer Politik.

Unter den politischen Problemen, die im Augenblick die Mitglieder der Nationalversammlung bewegen und in Fraktionsberatungen und Abendunterhaltungen eine große Rolle spielen, steht die Frage der Zulassung der elsaß-lothringischen Abgeordneten an der Spitze. Die Deutsche Demokratische Partei und anscheinend auch die Sozialdemokraten stehen in ihrer großen Mehrheit auf dem Standpunkt, daß gegen die Zulassung dieser Vertreter der elsässischen Bevölkerung gar keine Bedenken vorliegen, weil die französischen Okkupationsbehörden in vollkommen rechtswidriger Weise die Wahl zur deutschen National-Versammlung im Elsaß unterbunden haben. Man darf wohl erwarten, daß von einem großen Teil der Mitglieder der rechtsstehenden Parteien diese Auffassung ohne weiteres unterstützt wird. Widerspruch findet die Zulassung, wie man hört, in allererster Linie in Kreisen der Zentrumsfraktion. Hier werden von den Gegnern zwar verfassungsmäßige Bedenken in den Vordergrund geschoben, insbesondere beanstandet man die schriftliche Form der Abstimmung, die für das Zustandekommen der elsässischen Delegation gewählt worden ist. Aber der wirklich durchschlagende Grund für die ablehnende Haltung im Zentrum dürfte durch einen Bericht des Abgeordneten Erzberger geschaffen sein, der als Vorsitzender der Waffenstillstandskommission befürchtete, daß die Zulassung der elsässischen Abgeordneten die Verhandlungen mit den Franzosen erschweren wird.

Man kann nach dem Buchstaben staatsrechtlicher Paragraphen gewiß mancherlei Bedenken gegen die gleichberechtigte Zulassung der elsässischen Abgeordneten haben. Jedoch muß es jeden Deutschen höchst traurig stimmen, daß in einer Frage, die durch die souveräne Nationalversammlung lediglich aus deutschem Interesse und deutschem Empfinden heraus entschieden werden müßte, die Entscheidung durch eine jener ängstlichen Erwägungen beeinflußt wird, wie sie ja leider in den Verhandlungen der Waffenstillstandskommission immer eine maßgebende Rolle gespielt haben.

Daß Deutschland durch die eigenartige Methode der Waffenstillstandskommission, die dereinst vor der Geschichte eine merkwürdige Rolle spielen wird, beim finanziellen Wiederaufbau aufs schwerste geschädigt, seiner Handelsflotte verlustig gegangen ist und kaum noch ein paar anständige Lokomotiven besitzt, müßte eigentlich die Nationalversammlung veranlassen, sich wie ein Mann dagegen aufzulehnen, daß auch noch der Geist dieser Kommission sich bei Entscheidungen geltend macht, die nur durch nationale Erwägungen beeinflußt werden dürfen. Deutschland hat das Selbstbestimmungsrecht der Elsaß-Lothringer anerkannt, die Elsaß-Lothringer sollen in unbeeinflußter freier Abstimmung sich entscheiden dürfen, wohin sie gehören wollen. Aber gerade weil die herrschenden Klassen Frankreichs heute bereits sich gewöhnen, vor der ganzen Welt so zu tun, als ob Elsaß schon zu ihnen gehöre und die Sympathien der gesamten elsässischen Bevölkerung auf französischer Seite ständen, wäre es ein zwingendes Gebot nationaler Selbsterhaltung für Deutschland, zu beweisen, daß die Lage durchaus nicht so zweifelsfrei ist und daß es eben erst der Abstimmung bedarf, um den Mehrheitswillen des elsässischen Volkes endgültig festzustellen, und vielleicht würde die Nationalversammlung auch in diesem Sinne entscheiden. Aber die ängstlichen Kompromißler bemühen sich bereits, die Frage gar nicht erst vor das Plenum zu bringen, sondern hinter den Kulissen Kompromißformen zu finden, die aus einer imposanten Kundgebung einen schwächlichen Protestersatz machen werden.

Erfreulich ist es, demgegenüber feststellen zu können, daß wenigstens in der polnischen Frage die nationale Würde gewahrt ist und vor allem der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes zur vollen Durchführung gelangt. Die Polen hatten bei den Verhandlungen, die in der letzten Woche unter Führung des früheren Abgeordneten Korfanti mit dem Staatsministerium in Berlin stattfanden, die Bewilligung eines Waffenstillstandes verlangt. In Berlin scheint man auch Neigung gehabt zu haben, auf dieses Anerbieten einzugehen. Aber in Weimar machte sich gegen ein solches Verlangen sofort erheblicher Einspruch geltend. Besonders Staatssekretär Graf Dr. Brockdorff-Rantzau scheint sich der polnischen Forderung energisch widersetzt zu haben